



Kreistagsfraktion Tübingen

Rede von Bündnis 90/Die Grünen zur Verabschiedung des Haushalts am 15.12.2021

Fraktionsvorsitzende

Dr. Ulrike Baumgärtner
baumgaertner.tuebingen@gmail.com

Dr. Annika Franz
annika.franz@gruene-tuebingen.de

Es gilt das gesprochene Wort.

Tübingen, den 17.12.2021

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle finden eine Präsenzsitzung für die Verabschiedung eines Haushaltes angemessener als ein Online-Format. Die Abwägung des Wünschenswerten und des Verantwortbaren ist unsere tägliche Begleiterin geworden.

Privat wägen wir ab, wen wir in welcher Form treffen. Beruflich wägen wir ab, welche Besprechungen nur von Angesicht zu Angesicht funktionieren und wann Videofomate hinnehmbar sind.

In unserem heutigen Fall haben wir uns nach langer Abwägung für die Online-Sitzung mit einer Möglichkeit des direkten interfraktionellen Austauschs entschieden. Aus diesem Grund sind wir als Vorstand der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ins Landratsamt gekommen. Ein guter Mittelweg, wie wir finden. Vielen Dank, Herr Landrat Walter, für die wiederholte Rückkopplung dieser Frage an die Einschätzungen der Fraktionen. Und herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen für das gute Ringen um diesen Mittelweg und den interfraktionellen Austausch am Montag.

Die Abwägung des Wünschenswerten und des Verantwortbaren ist aber nicht erst seit der Corona-Pandemie zentral. Sie ist die Hauptaufgabe jedes Haushaltsbeschlusses. Allein die Einschätzungen darüber, was „nur“ wünschenswert und was notwendig ist, um unserer Verantwortung als Kreisrätinnen und Kreisräte nachzukommen, gehen zum Teil auseinander und bedürfen der politischen Diskussion. Und das ist auch gut so. Das Ringen um die besten Lösungen darf unserer Meinung nach sichtbar werden. Denn die konstruktive Auseinandersetzung macht die lebendige Demokratie aus. Und die besten Ergebnisse entstehen im Dialog.

Kreistagsfraktion Tübingen Bündnis 90/Die Grünen

Vorsitzende: Dr. Ulrike Baumgärtner, Tübingen | Dr. Annika Franz, Tübingen

stv. Vorsitzende: Gerd Hickmann, Tübingen | Dr. Wolfgang Raiser, Rottenburg | Geschäftsführung: Gabriele Dreher-Reeß, Mössingen
Simon Baur, Rottenburg | Marie-Luise Bausch, Kirchentellinsfurt | Dr. Martin Brunotte, Tübingen | Christin Gumbinger, Tübingen |
Jürgen Hirning, Gomaringen | Christoph Joachim, Tübingen | Dr. Sabine Kracht, Rottenburg | Aslı Küçük, Tübingen | Klaus Lambrecht, Rottenburg
Elena Peony, Tübingen | Ruth Setzler, Kirchentellinsfurt | Elisabeth Schröder-Kappus, Rottenburg | Nina Zorn, Kusterdingen

Die Wahl in dieses Gremium hat uns dazu verpflichtet, uns zum Wohle des Kreises einzusetzen. Deswegen beantragen wir immer wieder Investitionen für den öffentlichen Nahverkehr, für energetische Maßnahmen und wir finden es richtig, für den sozialen Zusammenhalt Geld in die Hand zu nehmen.

Sind wir deshalb im „Wünsch-dir-was-Land // Kreis“ angekommen? Wir sagen „nein“. Für uns sind diese Investitionen notwendig. Sie sind notwendig, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Sie sind notwendig, um die sozialen Sicherungssysteme weiter auszubauen. Wenn wir *nicht* so handeln würden, kämen wir aus unserer Sicht der Verantwortung unseres Kreistagsmandats für die heutige Bevölkerung und für die folgenden Generationen nicht nach.

Bevor wir zu den konkreten Anträgen und Abstimmungen kommen, lassen Sie mich einige Sätze zu dem alljährlichen Diskussionspunkt der Kreisumlage sagen.

Wir sind uns dessen bewusst, dass unsere und andere Anträge über die Einnahmen aus der Kreisumlage finanziert werden, die von den Städten und Gemeinden eingebracht werden. Wie auch sonst? So ist die Finanzlogik der Kreispolitik. Von einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr, Energieleitlinien für Gebäude oder einer guten Gleichstellungsarbeit profitieren ja auch der gesamte Kreis und die Kreisverwaltung.

Wenn wir den Nutzen für die Region durch die politischen Projekte auf die eine Schale und die Belastung der Finanzierung über die Kreisumlage auf die andere Schale einer Pendelwaage legen, sehen wir keine bedrohliche Schiefelage. [Vielleicht sieht das mit ihren Brillen anders aus, aber wir sehen die Schalen ganz gut im Gleichgewicht.]

Halten wir an der Stelle fest. Der für den Haushalt 2022 veranschlagte Hebesatz 25,53 % ist einer der niedrigsten der letzten 40 Jahre. Auch im Landesvergleich liegt der Hebesatz der Tübinger Kreisumlage deutlich im unteren Bereich. Dank der Wirtschaftskraft unserer 15 Kreisstädte und -gemeinden liegt das erwartete Aufkommen trotz niedrigem Umlagesatz zwar höher als bei vielen Kreisen vergleichbarer Größe. Aber das ist ja einfach auch ein Zeichen der Stärke.

Herr Landrat Walter zitiert ja immer das Buch **Jesus Sirach**. So wollen wir es in dieser Rede auch einmal tun.

In Kapitel 14, Absatz 16 steht: *Beschenk den Bruder und gönn auch dir etwas; / denn in der Unterwelt ist kein Genuss mehr zu finden.*

...das ist doch eine Legitimation von ganz oben für gut begründete Anträge.

Für die nächsten Jahre können wir eine weitere Absenkung des Hebesatzes gut mittragen. Dann fließen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in die Berechnung ein. Die überwiegende Mehrheit der Kreise in Baden-Württemberg verfährt so. Und auch wir finden das richtig und für die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden notwendig.

Der Kreishaushalt speist sich aber nicht allein aus den Umlagen der Städte und Gemeinden. In nicht unerheblichen Maß profitieren wir im Kreis Tübingen von Zuschüssen aus Bund und Land. Seien das Zuschüsse für den Verkehrsverbund Naldo und Tarifmaßnahmen oder Fördermittel für den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen und für die zig-Millionen schweren Investitionen in die Erweiterungen, Digitalisierung, energetische Sanierungen unserer Schulen und nicht zuletzt in das Mega-Projekt Regionalbahn – leider erstmal ohne direkte Innenstadtanbindung. Mit diesen Zuschüssen werden wir ein Stück weit auch für manch mutige Entscheidung in diesem Gremium belohnt.

Auch mit Blick auf die zusätzliche Belastung durch die Corona-Pandemie unterstützen Bund und Land die Kommunen durch extra aufgelegte Konjunkturpakete und Sonderförderungen. Es kann also keine Gemeinde behaupten, Bund und Land hätten sie im Regen stehen gelassen.

So. Was wollen wir als Bündnis 90/Die Grünen nun aber konkret erreichen? Wir haben schon viel erreicht. Mit Ihnen zusammen.

Wir beschließen heute den dritten Haushalt in dieser Wahlperiode. Damit haben wir schon die erste Halbzeit hinter uns. In den vergangenen 2,5 Jahren haben wir alle zusammen im Kreistag große Erfolge für unsere Region feiern können. Mit breiter Mehrheit haben wir den historischen Beschluss für den verhandelten Kostenschlüssel der Regionalstadtbahn gefasst.

Auf Grundlage der Anträge und engagierten Arbeit der Projektgruppe Mobilität und der Verwaltung beschlossen wir dieses Jahr die Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans, eine fahrgastfreundliche Aufwertung der Haltestellen und Marketingmaßnahmen für den ÖPNV.

Und auch das Thema Klimaschutz bewegt uns alle mit wachsender Dringlichkeit. Wir haben geradezu ein ganzes Antragsbündel in diesem Bereich beraten und zu einem guten Entschluss gebracht.

Und was bleibt für diesen Haushalt?

Mit unseren vier Anträgen für den kommenden Haushalt wollen wir die wegweisenden bereits gefassten Beschlüsse für den weiteren Ausbau des sozial-ökologischen Modellkreises ergänzen.

Wir freuen uns, dass die Mittel für die Besetzung der/des Gleichstellungsbeauftragten bereits etatisiert sind. Deswegen haben wir den Antrag umgewandelt in einen Antrag „ohne Auswirkungen auf den Haushaltsplan“. Unser Anliegen bleibt allerdings bestehen. Für die Aufgaben als unabhängige Ombudsstelle, Projektkoordinator/in und für die Netzwerkarbeit mit Vereinen und Beratungsstellen ist eine eigens zuständige Person im Landratsamt notwendig. Wir beantragen deshalb die erneute Ausschreibung der Stelle. Hierbei ist uns eine aktive Bekanntmachung wichtig. Begleitend zur Ausschreibung in den üblichen Medien beantragen wir daher die Ausschreibung über die

Netzwerkverteiler der landesweiten Gleichstellungsarbeit. Wir bitten das im Antragstext aufzunehmen.

Wir wünschen uns, dass alle Jugendlichen im Kreis die Möglichkeit haben, für 365 Euro im Jahr rund um die Uhr in Bus und Bahn in Baden-Württemberg unterwegs zu sein. Sobald im Frühjahr die Förderkonditionen vorliegen, soll über eine Teilnahme am 365-Euro-Jugendticket entschieden werden. Damit entlasten wir Familien, ermöglichen Jugendlichen Mobilität im ganzen Land und machen sie hoffentlich zu Stammkundinnen und -kunden klimafreundlicher Verkehrsmittel.

Die Absenkung der Eigenanteile für die Schüler- und Azubifahrkarten ist schon lange unser Ziel. Im letzten Haushalt haben wir den ersten von drei geplanten Schritten getan und den Eigenanteil von 39,30 auf 34,30 Euro abgesenkt. Wir halten am Ziel einer weiteren Absenkung fest und wollten gerne in dieser Haushaltsberatung den nächsten Schritt gehen und auf 30 Euro absenken.

Die Haushaltsberatungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Kreistag in dieser Frage ziemlich genau zweigeteilt ist: Die Entscheidungen zur Senkung der Eigenanteile waren immer sehr knapp, mal für die eine Position, mal für die andere. Wir haben uns zwischen den Fraktionen intensiv bemüht, einen Kompromiss zu finden, um bei diesem Thema eine breitere Mehrheit zu finden als nur knapp mehr als die Hälfte des Gremiums. Dieser soll auch die Ungewissheit bezüglich der Förderkonditionen für das Jugendticket berücksichtigen und eine Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt vertagen. Wir hoffen sehr, dass bis zur Abstimmung möglichst viele Fraktionen bereit sind, einen Schritt aufeinander zuzugehen und sich einem Kompromissvorschlag anzuschließen – wir sind es!

Wir sind davon überzeugt, dass positive Anreize für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs einen Zuwachs bei den Fahrgastzahlen bringen. Deshalb beantragen wir ein Schnupperangebot mit einem kostenlosen ÖPNV am Samstag. In der Stadt Tübingen konnte die Nachfrage in den Bussen durch den kostenfreien Samstagsbus um 30 Prozent gesteigert werden, obwohl die meisten Fahrgäste mit Zeitkarten unterwegs sind. Wir sehen es nicht als zwingend, die Tarifumstellung 2023 abzuwarten. Wenn wir das Angebot einrichten wollen, decken wir als Kreis die Mindereinnahmen ab.

Um den barrierefreien Ausbau von Haltestellen voranzutreiben, hatten wir im letzten Haushalt ein Ausbauprogramm beantragt. Die Idee war, durch Bündelung von Maßnahmen hohe Landeszuschüsse bis zu 75 % zu erhalten. Leider wurde dies so nicht umgesetzt. Um den barrierefreien Ausbau dennoch voranzutreiben, wollen wir für Finanzierungsklarheit sorgen und beantragen daher eine Verpflichtungsermächtigung für die kommenden Jahre. Man kann sagen „kann man machen, kann man aber auch nicht machen“, wie das in den Vorberatungen geäußert wurde, man kann aber auch eine politische Aufforderung aussenden – und das wollen wir gerne –, nämlich mit den Planungen loszulegen und die Umsetzung zu beschleunigen.

Um Planungssicherheit für die Unterbringung von Geflüchteten zu bekommen, bräuchte es einen Ort für ein kreiseigenes Gebäude – allein die Flächen hierzu fehlen. Der Ruf danach kann in der öffentlichen Berichterstattung nicht laut genug sein.

Mangels anderer Möglichkeiten müssen bereits geschlossene Einrichtungen reaktiviert werden. Konkret geht es in den nächsten Wochen um die Wiederbelegung der Unterkunft in Weilheim. Wir hoffen, unter anderem mit Vorschlägen zu ein paar baulichen Verbesserungen die Gewährleistung von Mindeststandards sicherstellen zu können.

Das Jugendamt hat ein schwieriges Jahr hinter sich. Der Missbrauchsfall hat die Mitarbeitenden im Jugendamt, uns im Kreistag und die Öffentlichkeit sehr bewegt und wir haben gemeinsam den wichtigen Aufarbeitungsprozess in Gang gesetzt. Die Stärkung der Mitarbeitenden im Jugendamt und die Bedürfnisse der zu schützenden Kinder und Jugendlichen liegen uns sehr am Herzen, deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Stellenneuschaffungen in diesem Bereich. Wir hoffen, dass die Stellen schnell mit qualifiziertem Personal besetzt werden können. Wie diese personelle Erweiterung für die Verbesserung der Strukturen und Abläufe genutzt werden kann, sollte baldmöglichst im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und auch unter Einbeziehung der Erfahrungen der externen Mitglieder diskutiert werden.

Ausdrücklich bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei Herrn Lipinski, der nun schon seit längerer Zeit in Vertretung das Jugendamt leitet – was in diesen Zeiten eine besondere Herausforderung ist.

Die erste Hälfte unserer fünfjährigen Wahlperiode ist vorbei, wir blicken nun auf die zweite Halbzeit. Wir sind zufrieden, dass wir bisher viel erreicht haben, wollen aber natürlich an der sozial-ökologischen Gestaltung des Landkreises weiterarbeiten.

Seit kurzem ist die neue Bundesregierung im Amt. Wir sind gespannt, welche positiven Auswirkungen die neue Konstellation in Berlin auf unsere Politik im Landkreis Tübingen in den kommenden Jahren haben wird. Wir freuen uns auf die geplante Kindergrundsicherung, Maßnahmen zum Klimaschutz, Verbesserungen für Geringverdiener*innen, Mieter*innen und Familien sowie Fortschritte bei der Digitalisierung.

In einer Kreisverwaltung gibt es viel zu tun. Wir drücken die Daumen, dass im kommenden Jahr das Krisenmanagement für Impfzentren, Kontaktnachverfolgung, Coronaverordnungen & Co. in den Hintergrund rückt und das normale Tagesgeschäft wieder den Alltag bestimmen darf. Frau Kiefer und Herr Walz – in kürzester Zeit Profis für die Errichtung eines Impfzentrums geworden - möchten wir stellvertretend für alle danken, die anpacken, wo Hilfe bei der Pandemiebekämpfung gebraucht wird. Auch Ihnen, Herr Landrat Walter und Ihrer gesamten Verwaltung herzlichen Dank für den unaufgeregten Umgang mit den Herausforderungen dieser Zeit. Bleiben Sie bitte alle gesund!